

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,



Fritz mit einer Analyse der Hessen Wahl für die Rheinfelder Montagsdemo.

gestern wurde ja bekanntlich in Hessen der neue Landtag gewählt.

Die Berichterstattung überschlägt sich mit Siegesmeldungen über den Rechtsaußen Koch.

Tatsache ist jedoch, dass gemessen an den Wahlberechtigten, Koch im Vergleich zur Landtagswahl 2008, fast ein Prozent eingebüßt hat.

Warum diese Zahl. Immerhin gingen noch einmal 2 Prozent der Wahlberechtigten weniger zur Wahl und die Nichtwähler als größte Gruppe, wuchs auf 39 Prozent an. 1987 lag die Wahlbeteiligung in Hessen bei den Landtagswahlen noch über 80 Prozent!

Wenn es zur Schwarz- Geld, sorry Schwarz- Gelb- Regierung kommt, und das scheint sicher, so hat diese Regierung gerade mal eine Basis von 32 Prozent der Wahlberechtigten. Wahrlich bereits amerikanische Zustände. Und wenn man angesichts der niedrigen Stimmenzahlen der NPD und der Republikaner davon ausgehen muss, dass diese Wähler Koch den Rücken gestärkt haben, so ist das Bild noch bescheidener.

Dramatisch ist das Ergebnis für die SPD. In Hessen mit linkem Mäntelchen angetreten, nahmen ihr die Wähler die Verlogenheit und die Machtgeilheit krumm. Nur noch knapp 15 Prozent der Wahlberechtigten sahen in der SPD eine Alternative. Wen wundert es, bei diesem strammen bundespolitischen Rechtskurs.

Innenpolitisch Hartz IV – außenpolitisch derzeit entgegen der Weltöffentlichkeit auf der Seite der Völker mordenden Politik des israelischen Staates.

Und die Linkspartei. Sie konnte ihre Wählerstimmen trotz Querelen exakt halten, knapp über der undemokratischen 5 Prozent Klausel.

Also keine wirkliche Alternative?

Wenn man das neueste Interview von Linken- Chef Lafontaine in der Frankfurter Rundschau liest, sträuben sich Einem wirklich die Haare zu Berge.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Ich möchte nur wenige Stellen zitieren, aber die sprechen für sich:

„Müsste nicht gerade die Linke zurzeit viel offensiver die Systemfrage stellen?“

Wir sind die Einzigen, die die Systemfrage schon vor der Krise gestellt haben. Da hieß es, das sei verfassungsfeindlich. Jetzt sind plötzlich alle Verfassungsfeinde. Dass sogar die CDU Industriebetriebe verstaatlichen will, gibt uns immerhin die einmalige Chance darauf hinzuweisen, dass die Linke unter Demokratie nicht Verstaatlichung versteht. Wir wollen die Belegschaft beteiligen. Die Mitarbeitergesellschaft ist das Unternehmen der Zukunft.

Das heißt?

Wenn der Staat sich in Betrieben engagiert, darf das Geld nicht wie bisher den Eigentümern zufallen, sondern soll den Mitarbeitern in Form einer Beteiligung am Betrieb zukommen. Wir müssen endlich mit der Demokratisierung der Wirtschaft beginnen. Wer hat denn beispielsweise das ganze BMW-Vermögen erwirtschaftet? Die Eigentümerfamilien? Die Enteignung der Belegschaften muss beendet werden.

Privatunternehmen wollen Sie aber weiter zulassen - besonders antikapitalistisch klingt das nicht.

Es kommt darauf an, wie Sie Kapitalismus definieren. Ich habe nichts gegen gewinnorientiertes Unternehmertum, so lange die Mitarbeiter angemessen daran beteiligt werden und eine durchgreifende Mitsprache haben.

Wie sähe ein linkes Konjunkturprogramm sonst noch aus?

Wir wollen eine Anhebung der Renten um vier Prozent, eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wie in Frankreich von 8,71 pro Stunde. Es ist doch ein Treppenwitz, dass wir für die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank mehr als 18 Milliarden bereitstellen, obwohl dort mehr als 7000 Arbeitsplätze wegfallen sollen. Aber für eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes, die sieben Milliarden kosten würde, fehlt angeblich das Geld.“



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz